

Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 1060/2018
Amt/Aktenzeichen 61/68	Datum 04.06.2018	TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Hechtsheim	Kenntnisnahme	07.06.2018	Ö

Betreff:

Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 0464/2018 CDU Ortsbeiratsfraktion Mainz-Hechtsheim; hier: Erweiterung/Vergrößerung des P+R-Platzes „Mühdreieck P+R,, durch Einrichtung eines Parkdeckes

Mainz, 07.06.2018

gez. Eder

Katrin Eder
Beigeordnete

Beschlussvorschlag:

Der Ortsbeirat Mainz-Hechtsheim nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Sachstandsbericht:

Die P+R-Anlage am Mühdreieck ist einer der wenigen Standorte im Mainzer Stadtgebiet. In den 1970er und 80er Jahren hatte die Stadt Mainz Pläne für eine deutliche Ausweitung solcher Anlagen, verfolgte diesen Ansatz aber nicht mehr weiter, da das Land Rheinland-Pfalz seit den 1990er Jahren P+R-Stellplätze nur in der Region rund um Mainz flächendeckend bezuschusste und errichtete. Planungen für P+R-Anlagen auf Flächen in Stadtrandlage im Kontext der Einführung des Rheinland-Pfalz-Taktes auf der Schiene wurden seitdem für lange Jahre nicht mehr weiterbetrieben oder lediglich bauplanungsrechtlich vorgehalten. Dies betraf auch Überlegungen im Südkorridor entlang der L 425.

In den vergangenen Jahren haben sich jedoch verschiedene Entwicklungen in Mainz ergeben, die den Gedanken von P+R-Anlagen im näheren Umfeld der Landeshauptstadt prüfenswert erscheinen lassen:

- Mit dem bereits erfolgten bzw. projektierten Ausbau des Mainzer Straßenbahnnetzes erweitert sich das schienengebundene Angebot kontinuierlich und löst auf diesen Korridoren das Busangebot ab. Gerade auf Korridoren ohne attraktiven regionalen ÖPNV lassen sich so neue Kundenpotenziale erschließen.

- Durch die schnellen und vergleichsweise wenig verspätungsanfälligen Verbindungen erhöht sich die Attraktivität, auch noch relativ zentrumsnah vom PKW auf den ÖPNV umzusteigen. Die Straßenbahn kann dann im Vergleich zu den regionalen Schienenangeboten (S-Bahn, RB, RE) Vorteile der Feinerschließung in der Erreichbarkeit von Zielen in der Innenstadt ausspielen, die bei den vorgenannten Angeboten oftmals nur durch Umstieg in das lokale ÖPNV-Angebot an den Bahnhöfen zu erreichen sind.
- Der mittel- bis langfristige Ausbau des lokalen schienengebundenen ÖPNV trägt durch die Elektrifizierung der Fahrzeuge dazu bei, die Schadstoffbelastung in den Innenstädten im Vergleich zum verbrennungsmotorangetriebenen Bus spürbar zu senken.

Im Rahmen des GreenCity Masterplans hat die Verwaltung neben vielen anderen Projektideen auch die Ausweitung des P+R-Systems in Stadtrandlage in die Diskussion eingebracht.

Angedacht ist eine systematische Auswertung vorliegender Strukturdaten und Verkehrserhebungen in Bezug auf Pendlerbewegungen. In einem zweiten Schritt könnte eine Befragung an repräsentativ ausgewählten Arbeitsplatzstandorten nachgeschaltet werden, unter welchen Voraussetzungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dazu bewegt werden können, auf den ÖPNV umzusteigen. Hieraus ließe sich eine erste Aussage über die erreichbaren Potenziale ableiten. Aus Analogien vorhandener P+R-Anlagen im Verbundraum des Rhein-Mainz-Verkehrsverbundes sollen weiterhin Bedarfe und Potenziale abgeschätzt werden.

Diese Erkenntnisse wären in einem dritten Bearbeitungsblock mit dem bestehenden ÖPNV-Angebot und dessen Entwicklungsperspektiven rück zu koppeln. Hierbei stünde auch im Fokus, ob neben dem Bedarf an Neubauanlagen eventuell vorhandene Flächenressourcen wie z.B. anti-zyklisch zum Pendlerverkehr genutzte Flächen (z.B. an Freizeiteinrichtungen) alternativ oder ergänzend für P+R-Potenziale genutzt werden können.

Im Ergebnis strebt die Verkehrsverwaltung der Stadt Mainz ein Zielkonzept an, das einen nachfragegerechten Neu- oder Ausbau von dezentralen P+R-Anlagen auf Mainzer Stadtgebiet beinhaltet. Dies soll neben konkreten Empfehlungen für die Standortsuche und Dimensionierung im Umkehrschluss Begründungen liefern, den lokalen schienengebundenen ÖPNV weiter auszubauen.

Im Hinblick auf die Anregung des Antrags schlägt die Verwaltung vor, zunächst abzuwarten, ob die skizzierte breit angelegte Analyse zeitnah in die Wege geleitet werden kann und welcher Bedarf sich hieraus ableiten würde. In einem zweiten Schritt ist die Verwaltung dann gerne bereit, die bautechnischen Möglichkeiten und Optionen untersuchen zu lassen. Mit einem Erkenntnisfortschritt rechnet die Verwaltung in der zweiten Jahreshälfte 2018 und wird dem Ortsbeirat zu gegebener Zeit berichten.